

Antragsnummer: W1

Antragsteller: Stadtverband Coburg

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

## **Für die Etablierung einer Vermögenssteuer!**

Deutschland steht auch bei der Finanzierung des Gemeinwesens vor großen Herausforderungen: So ist einerseits auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit die Staatsverschuldung abzubauen, aber auf der anderen Seite vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren. Für kurzfristige Steuersenkungen ist hier kein Raum.

Vielmehr gelten auch hier nach wie vor die Ausführungen unseres Wahlprogramms:

- Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.
- Die Lasten für unser Gemeinwesen müssen wieder fairer verteilt werden.

Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen Arm und Reich so groß wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgeben wie heute. Das muss sich ändern. Wir brauchen daher eine Neuverteilung der Gemeinwohlkosten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengungen müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

Wir fordern daher:

Die unverzügliche Etablierung einer Vermögenssteuer zur Finanzierung unseres Gemeinwesens! Diese soll vorrangig private Sachanlagen und Kapitalanlagen betreffen, gebundenes Vermögen. Das in kleine und mittelständische Unternehmen investiert ist soll bevorzugt behandelt werden.

Eine wirksame und hohe Kapitalertragsteuer ist zwingend notwendig, um die extreme Kapitalakkumulation bei einzelnen in unserer Gesellschaft zu beenden.